„Laßt nicht locker." Antifaschistischer Widerstand im Thüringer Wald (II)

Gerhard Kaiser

In Heft II/2003 dieser Zeitschrift wurde der antifaschistische Widerstand im Thüringer Wald - seine Anfänge 1923-1932, seine Entwicklung von unten 1933-1943, seine Dezimierung durch Massenverhaftungen 1943 und 1944 - dargestellt. Dieser Widerstand wurde von mutigen Frauen und Männern geleistet.
An dieser Stelle folgt nun ein biographischer Nachtrag, in dem 39 aktive Widerstandskämpfer - vorwiegend Kommunisten und Sozialdemokraten - namentlich genannt werden.
Adolf Anschütz (20.9.1889-5.1.1945) war Zangenmacher von Beruf, in dem er bis 1914 tätig war. Er war ab 1909 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) sowie von 1910 bis 1917 der SPD, anschließend der USPD und ab 1920 der KPD. Nach Militärdienst von Anfang bis Ende des ersten Weltkriegs vertrat er die Interessen der Suhler Metallarbeiter als Geschäftsführer des DMV von 1919 bis 1933. In diesen Jahren war er auch Kreistagsabgeordneter und gehörte ab 1922 zum Arbeiter-Turn-und Sportverein Suhl. In der Vertrauensstellung als Geschäftsführer des DMV wandte er sich Ende der zwanziger Jahre gegen sektiererische Züge in der Gewerkschaftspolitik der KPD. Daraufhin schloß ihn die KPD aus, weil er nicht für die RGO, sondern für die gemeinsame Gewerkschaft der Metallarbeiter eintrat. Anschütz betrachtete sich jedoch auch weiterhin als Kommunist. Um nach dem Verbot der Gewerkschaften 1933 den Lebensunterhalt seiner großen Familie (fünf Kinder; ein Sohn wurde später als Soldat Opfer des Kriegs) ab 1933 zu sichern, betrieb er einen kleinen Tabakwarenladen. Außerdem war er als Steuerberater tätig.[1]
Zu seinen Stammkunden gehörte *Guido Heym*. Sie führten oftmals „politische Diskussionen... bei denen beide ihrer staatsfeindlichen Einstellung... freien Lauf ließen". Heym und Anschütz waren sich „einig in dem Ziel, mit allen Mitteln das Nazi-Regime zu bekämpfen".[2] Sie tauschten sich auch über ihre Vorstellungen für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland nach dem Krieg und die Überwindung des Faschismus aus. Zu politischen Gesprächen trafen sie sich auch in Suhler Gaststätten, z. B. im „Gambrinus" oder in der von *Karl Stade* geführten Gaststätte des Siedlervereins auf dem Friedberg, der Begegnungsstätte der Friedberg-Gruppe, deren führende Köpfe 1944/45 ermordet wurden.
Emil Eckstein (1889-1944) erlernte den Beruf eines Büchsenmachers und war zwischen 1908 und 1915 in seinem Beruf in Albrechts, Sömmerda und in Berlin

1 Siehe Anklageschrift gegen Adolf Anschütz und Genossen, Thüringer Staatsarchiv Meiningen (ThSM), Akte V/1/035.
2 Siehe Anklageschrift gegen den Werkzeugschlosser und Mechaniker Karl Eduard Guido Heym und den Maurerpolier Robert Otto Arthur Gladitz, in: Gerhard Kaiser: Die Heyms. Ernst, Guido und Karl. Drei Generationen einer Suhler Arbeiterfamilie, Berlin 2000, S.54.

tätig, bis er 1915/16 als Armierungssoldat Kriegsdienst zu leisten hatte. Er wurde für die Rüstungsproduktion bei der Fa. Kerner (Suhl) freigestellt und arbeitete dort bis August 1919. Anschließend wirkte er in der Ortsverwaltung des DMV in Schmalkalden, war ab 1925 arbeitslos und verdiente seinen Lebensunterhalt bis 1933 als Anzeigenwerber für Arbeiterzeitungen. Seit 1935 wieder in seinem Beruf tätig, nahm er 1936 die Arbeit bei der Fa. Friedrich Wilhelm Heym in Suhl auf. Politisch organisierte sich Eckstein von 1907-1917 in der SPD, anschließend bis 1920 in der USPD und schließlich bis 1927 in der KPD. Als Kommunist gehörte er dem Stadtrat in Schmalkalden an. Ende 1927/Anfang 1928 schloß er sich wie Guido Heym u. a. kurzfristig dem „Leninbund“[3] an und ging wie dieser noch 1928 zurück zur SPD. Seit 1906 war er Mitglied des DMV. Emil Eckstein zählte seit 1936 zum aktiven Kern des antifaschistischen Widerstands in Suhl, war an der politischen Willensbildung der Antifaschisten beteiligt, außerdem u.a. an der Verbreitung antifaschistischer Flugschriften gegen den Krieg und bekanntgewordene Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit. Am 3. September 1943 verhaftet, verhungerte er am 1. November 1944 in Ichtershausen.

Auch *Fritz Köhler* (21.12.1895-10.10.1944), in der Nachfolge Guido Heyms Unterbezirksleiter der KPD in Suhl und neben Anschütz einer der führenden Köpfe des Widerstands im Industriegebiet, wurde bereits während der Voruntersuchung in Ichtershausen ermordet. *Paul Meyer* (geb. 1893, Schlosser, KPD) berichtete von Gesprächen unter Beamten in Ichtershausen, aus denen hervorging, daß Fritz Köhler durch Gestapomänner in seiner Zelle erhängt wurde.[4]

Alfred-„Max“ Gerngroß (4.2.1896-6.10.1944, KPD) gehörte ebenfalls zu jenen Suhler Antifaschisten, die bereits während der Haft in Ichtershausen ermordet wurden. Der Spezialbohrer Gerngroß leitete seit 1933/34 eine stabile Widerstandsgruppe im Rüstungsunternehmen C. G. Haenel. Ihr gehörten zwischen 20 und 50 Antifaschisten an. Sie wirkte durch Flugschriften und Mundpropaganda politisch auf Betriebsangehörige ein, organisierte und verwirklichte nach Kriegsausbruch Akte der Rüstungssabotage mit z. T. beträchtlichen Folgen für die Fertigung von Handfeuer- und Maschinenwaffen.

Sein Bruder *Rudolf Gerngroß* (15.2.1898-5.1.1945, SPD) war beruflich und politisch einen anderen Weg gegangen. Fabrikarbeiter in Suhl vor dem ersten Weltkrieg, Kriegsfreiwilliger 1914, diente er bis 1920 beim Militär. Danach nahm er den Dienst bei der Polizei auf, aus der er, inzwischen Polizeileutnant, 1934 seiner politischen Haltung wegen entlassen wurde. Den Lebensunterhalt für die Familie verdiente er ab 1934 als Versicherungsinspektor. Rudolf Gerngroß war wie seine Ehefrau religiös gebunden. 1936 hatte ihn die Nazijustiz seiner antifaschistischen Äußerungen in der Öffentlichkeit wegen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Durch

3 Der Leninbund entstand als eine von mehreren Gründungen der Ultralinken in der KPD im Frühjahr 1928. Seit 1927 schloß sich ein Teil des Unterbezirks Suhl unter dem Einfluß Guido Heyms schrittweise den Ultralinken unter Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Hugo Urbahns u. a. an und stellte ihnen die Tageszeitung „Volkswille“, zeitweise als „Reichsorgan des Lenin-Bundes“ (Linke Kommunisten), zur Verfügung.

4 Siehe Akte Paul Meyer, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 55/V 278/4/128a.

Herkunft und familiäre Kontakte mit Suhl verbunden, war Rudolf Gerngroß in den Widerstand seiner Heimatstadt (er wohnte mit seiner Familie in Burg bei Magdeburg) eingebunden. Kurz vor seiner Verhaftung im Sommer 1943 äußerte er bei Begegnungen im Widerstandskreis in der Friedberg-Siedlung, dem er sich angeschlossen hatte, daß die militärische Niederlage absehbar sei und „der Krieg wahrscheinlich ungünstig ausgehen werde". Man dürfe nicht unvorbereitet, sondern müsse auch bewaffnet sein. Dieser Orientierung leisteten nicht nur Mitglieder der Friedberg-Gruppe, sondern auch die antifaschistischen Dombergwanderer u. a. Folge.[5]

Am 5. Januar 1945 vollstreckte die Nazijustiz die Todesurteile an einer Gruppe Suhler Antifaschisten.

Minna Recknagel (9.2.1892-5.1.1945, KPD, sie hatte als erste Frau der Suhler Stadtverordnetenversammlung angehört) und ihr Ehemann *Emil Recknagel* (18.1.1880-5.1.1945, KPD) wurden am gleichen Tag ermordet wie Adolf Anschütz, Rudolf Gerngroß, *Ernst König* (3.3.1898-5.1.1945, KPD), *Friedrich Heinze* (4.4.1889-5. 1.1945, bis 1933 Mitglied der DNVP), *Karl Stade* (2.5.1900-5.1.1945, von Beruf Schlosser und Schweißer, seit 1924 im DMV organisiert), *Ewald Stübler* (13.8.1881-5.1.1945) und der Sonneberger *Adolf Wicklein* (21.1.1886-5.1.1945). Sie wurden „im 20-Sekunden-Takt", wie das seelenlose Protokoll (unterzeichnet von Oberstaatsanwalt Dr. Seesemann) festhielt, in Weimar enthauptet. In der Anordnung zur „Vollstreckung" heißt es u. a., die Verurteilten hätten „aus ihrer fest eingewurzelten jahrzehntelangen marxistischen Gesinnung heraus einen Zusammenschluß früherer kommunistischer Kreise herbeizuführen versucht"; es handle sich bei ihnen um „rührige und fanatische Staatsfeinde, die in der militärischen Niederlage des Reiches die Voraussetzung für den Sieg ihrer Ideen erblicken, und die auch, wie die Aufforderung zur Rüstungssabotage beweist, planmäßig darauf hinarbeiteten... Daher: Vollstreckung."[6]

Guido Heym. In seinem Leben (1.5.1882-5.4.1945) wie auch dem seiner Frau *Anna Heym* (23.5.1879-20.1.1969) sowie des Sohnes *Karl Heym* (24.12.1902-7.7.1981) und dessen Frau *Marie Heym* spiegeln sich persönlicher Opfermut der einzelnen sowie Widersprüchlichkeit und Zerrissenheit in der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert wider.

Je nach parteipolitischer Orientierung der Autoren werden in Veröffentlichungen über Guido Heym wesentliche Lebensabschnitte entweder verschwiegen oder entstellt. Er gehörte der SPD 1901-1918 an, stand ab 1917 - er war Soldat - der USPD nahe, gehörte ihr seit Ende 1918 an. Unter seinem Einfluß schloß sich die USPD im Suhler Land 1920 der KPD an, deren Unterbezirksleiter Guido Heym bis Herbst 1927 war. (Sein Sohn Karl war damals Unterbezirksleiter des KJVD.) 1924 wurde er kommunistischer Reichstagsabgeordneter und preußischer Landtags-

5 Siehe Anklageschrift gegen den Büchsenmacher und Lehrenbauer Emil August Eckstein... vom 4. Oktober 1944 (Aktenzeichen: IVg/1632/44), für deren Überlassung Prof. Dr. Theodor Bergmann (Stuttgart) zu danken ist. Weiterhin: Suhler Zeitzeugnisse 1933-1945, Teil I und Teil II, Suhl 1997 (als Ms. vervielfältigt), hier Teil I, S.86f.

6 Suhler Zeitzeugnisse, T. I, S.68.

abgeordneter. Der Stadtverordnetenversammlung zu Suhl gehörte er bereits in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg an, in den zwanziger Jahren war er zeitweise deren Vorsteher. Ende 1927/Anfang 1928 ging er mit einer größeren Anhängergruppe in den kurzlebigen „Leninbund" und 1928 zurück in die SPD.[7]

Der antifaschistische Widerstandskreis um Guido Heym erwuchs aus politischen Freundschaften der Jahre vor 1933. An die Stelle unversöhnlich scheinender politischer Gegnerschaften rückte nun die politische Zusammenarbeit zur Überwindung des faschistischen Regimes. Heym pflegte alte politische Freundschaften und knüpfte neue politische Verbindungen. An den Gesprächen in Suhl beteiligten sich vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten sowie Gewerkschafter, die sich insbesondere nach den Ereignissen um den „Leninbund" unversöhnlich gegenübergestanden und jahrelang kein Wort miteinander gewechselt hatten. Im antifaschistischen Widerstand ging es vor allem um die Wahrung sozialer Rechte der Arbeiterschaft, um die Minderung der Kriegsgefahr und - ab 1939 - um die Beendigung des Krieges, u. a. auch durch Rüstungssabotage. Für die Neugestaltung Deutschlands nach dem Krieg bestand Einigkeit darüber, daß aktive Nazis künftig von wirtschaftlichem und politischem Einfluß ausgeschlossen bleiben sollten. Gemeinsam mit *Paul Voigt* besprach Heym Vorstellungen für den Wiederaufbau der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland und sagte seine Mitarbeit in einer demokratischen Presse zu.

Sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten führten ihre Kräfte bewußt nicht in einer straffen illegalen Organisation zusammen, sondern setzten auf die Wirksamkeit der lockeren kleinen Gruppenbildung, deren Verbindung untereinander durch den jeweiligen politisch führenden Kopf der örtlichen oder betrieblichen Gruppe aufrechterhalten wurde. Guido Heym war einer dieser politischen Köpfe des Widerstands.[8]

Gemeinsam mit sozialdemokratischen Freunden wie *Johann Endter*, *Bernhard Kleffel* und *Justus Triebel* und kommunistischen Mitstreitern wie Adolf Anschütz, *Emil Menz*, Minna und Emil Recknagel bildeten Heym und *Robert Gladitz* den politischen Mittelpunkt einer verzweigten und aktiven antifaschistischen Bewegung. Neben Ehefrau Anna und Sohn Karl gehörten zum engeren Widerstandskreis um Guido Heym die Brüder *Alfred und Willi Ehmann*, *Richard Lohfink*, Käte Recknagel, Ewald Stübler (alle Suhl) und *Kurt Schulze* (Eisfeld). Emil Menz (geb. 1892, Heizer, KPD) wirkte - wie die meisten anderen aus dem Kreis um Heym - auch in seinem beruflichen Umfeld, im Simsonwerk.

---

7 Abweichende Angaben, z. B. zu Haft und Todesdatum oder Zugehörigkeit zu Parteien in den (zweifachen) Todesurteilen, zum politischen Wirken Heyms u. a. Siehe Martin Schumacher u. a. in: Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 1994; Werner-Georg Schneider: Einige unter vielen, o. O. 1948; Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann: Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen 1939 bis 1945), Berlin 1957; Margot Hanf: Karl Heym. Beiträge zur Geschichte der Stadt Suhl, Suhl 1992, sind ungenau, unvollständig, falsch oder verfälschend und werden der Lebensleistung nicht gerecht.

8 Siehe biographische Skizze von Kaiser, Die Heyms.

Nach Gestapobeobachtungen hatte sich der antifaschistische Widerstandskreis um Heym „mit Kriegsbeginn und insbesondere nach Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion“ intensiviert. Guido Heym besuchte regelmäßig ihm bekannte Kommunisten wie Adolf Anschütz oder den Widerstandskreis in der Suhler Friedberg-Siedlung. Hier traf er u. a. Emil und Minna Recknagel, hier begegnete er dem vormaligen Polizeileutnant Rudolf Gerngroß und dessen Bruder Alfred „Max“ Gerngroß.

Am 3. September 1943 wurde Guido Heym verhaftet und nach demütigender und qualvoller Haft in Ichtershausen sowie in Rudolstadt und Weimar nach zweifachem Todesurteil (durch den Volksgerichtshof und durch das Reichskriegsgericht) am 5. April 1945 auf einem Todesmarsch unweit Weimars in einem Webicht genannten Waldstück zusammen mit Ehrhard Schübel und Robert Gladitz aus dem Suhler Widerstand hinterrücks erschossen. Bei diesem Massenmord fanden 142 Männer und sieben Frauen den Tod. Die meisten von ihnen konnten später nicht mehr identifiziert werden. Einer der für den Mord Verantwortlichen war Hans-Helmut Wolff, SS-Obersturmbannführer und letzter Leiter der Weimarer Gestapoleitstelle, die u. a. in Ichtershausen und Suhl Außen- und Nebenstellen unterhielt.

Das Denkmal für die ermordeten Reichstagsabgeordneten, unter ihnen Guido Heym (KPD) aus Suhl und Paul Voigt (SPD) aus Meiningen, steht vor dem Reichstagsgebäude in Berlin. Jede der in die Erde eingelassenen Metallplatten trägt jeweils drei Angaben: Den Namen der oder des Reichstagsabgeordneten, Geburts- und Todesjahr sowie den Namen der Partei, in deren Fraktion die oder der Reichstagsabgeordnete wirkte.

Ehrhard Schübel (15. 8.1901-5.4.1945) war früh verwaist und wie seine Geschwister in Nachbarfamilien der langgestreckten Industriearbeitergemeinde Goldlauter aufgenommen worden. Er erlernte in der Tradition des Landstrichs einen Metallarbeiterberuf, war Dreher, Werkzeugmacher, schließlich ab 1941 Büchsenmachermeister und Werkmeister bei der Firma Friedrich Wilhelm Heym. Zuvor hatte er bei Simson Suhl und bei Deutz in Köln gearbeitet. Er organisierte sich politisch 1920 im KJVD, ab 1922 in der KPD und gewerkschaftlich im DMV. In Heinrichs vertrat er Eltern- und Schülerinteressen im Schulrat und die Interessen seiner Mitbürger im Gemeinderat. Im Heinrichser Widerstand, bei Simson und bei Friedrich Wilhelm Heym waren neben Ehrhard Schübel, *Ernst König* (Werkzeugmacher und zuletzt Werkmeister, Organisationsleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus in Heinrichs, 1937-1939 in „Schutzhaft“), *August* und *Fritz Fontanive*, *Franz Günther*, *Otto Heinlein*, *Leopold Möller*, *Paul Moses*, *Erich Osel*, *Willy Sachs*, *Hugo Salzmann* und *Hugo Winter* aktiv. Ehrhard Schübel orientierte seine Mitstreiter darauf, sich bei Arbeitszeitverlängerungen in Rüstungsbetrieben zur Wehr zu setzen, sich „durchzusetzen“. Am 3. September 1943 wurde er an seinem Arbeitsplatz verhaftet und in Ichtershausen eingeliefert, später nach Hohenasperg (eine Zweiganstalt des Zuchthauses Ludwigsburg) verlegt. Angeklagt wurde Ehrhard Schübel zusammen mit Adolf Anschütz, Ernst König und den Büchsenmachern *Walter Kerner* (geb. 1899) und Ewald Stübler wegen kommunistischer Mundpropaganda, Verbreitung illegaler Schriften, Sammlung von Spenden,

Herstellung organisatorischen Zusammenhalts durch politische Aussprachen sowie „sonstige umstürzlerische Tätigkeit". In der Anklageschrift hieß es: „Die Angeschuldigten haben, und zwar Anschütz und Schübel seit 1933..., bis zu ihrer Festnahme im September 1943 untereinander oder mit anderen Gesinnungsgenossen in Suhl und Umgebung politische Aussprachen durchgeführt, die dazu gedient haben, die Teilnehmer im kommunistischen Sinne zu beeinflussen."[9] Ehrhard Schübel wurde gemeinsam mit Adolf Anschütz und Genossen nach qualvoller Haft zum Tode verurteilt. Da man ihn aus dem Hohenasperg versehentlich nicht wie gefordert nach Rudolstadt in Thüringen sondern nach Rudolfstein (in Schlesien) überstellt hatte, wurde er nicht - wie vorgesehen - am 5. Januar in Weimar ermordet, sondern später, am 5. April 1945, im erwähnten Webicht bei Weimar hinterrücks erschossen.
Max Urich (1890-1968) stammte aus Suhl, war Büchsenmacher von Beruf, seit 1906 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbands und der SPD. Seit 1925 lebte er in Berlin, war hier der 1. Bevollmächtigte des DMV und Stadtverordneter im „roten Wedding". Im Zuge der Zerschlagung der Gewerkschaften wurde er erstmals am 2. Mai 1933 für einige Monate inhaftiert. Im März 1935 erfolgte seine erneute Festnahme. Trotz Freispruchs wurde er bis August 1937 in das KZ Lichtenburg (1934-1937) und anschließend bis 1939 in das KZ Buchenwald (Häftlingsnummer: 2080) eingewiesen. Nach der Entlassung wiederum aktiv im Widerstand, knüpfte er u. a. enge Kontakte zu Suhler Antifaschisten, zu Richard Lohfink und zu Adolf Anschütz, die wie er selbst bis 1933 im Deutschen Metallarbeiterverband aktiv waren. 1944 wurde Max Urich wiederum in das KZ Buchenwald eingeliefert. Auf dem Todesmarsch in das KZ Flossenbürg gelang ihm mit 43 Kameraden die Flucht, und er kehrte in seine Heimatstadt Suhl zurück. Nach der Befreiung 1945 baute er als Polizeirat die Polizei mit auf, schloß sich der SED an, nahm am Vereinigungsparteitag von SPD und KPD 1946 in Berlin teil, wurde Landrat im Kreis Arnstadt. Politisch verfolgt, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, verließ er 1951 die DDR und kehrte nach Berlin-Wedding zurück.[10]
Paul Voigt (1876-1944) lebte und wirkte seit 1900 im Werratal, anfangs in Bad Salzungen und Schmalkalden, ab 1925 in Meiningen. Seit 1927 war er hauptamtlicher Sekretär der SPD für den Unterbezirk Südthüringen. Von Beruf Schlosser, gehörte er der Gewerkschaft der Eisenbahner an (in Meiningen bestand ein großes Reichsbahn-Ausbesserungswerk), war Reichstagsabgeordneter der SPD. Er wirkte von 1933 bis zur Verhaftung im Frühjahr 1936 illegal vor allem in Berlin. Von April 1936 bis Januar 1939 war er im KZ Lichtenburg, anschließend im KZ Buchenwald inhaftiert. Nach der Freilassung wirkte er - wiederum illegal - von Erfurt aus in Thüringen. Mit Guido Heym, den er seit langem kannte, traf er sich kurz nach Kriegsbeginn. *Wilhelm Hemming* (aus Walldorf bei Meiningen), er war einer der ersten Häftlinge des KZ Bad Sulza gewesen, schrieb in seinen

9 Anklageschrift. Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, 16. September 1944, ThSM, V/1/035. Siehe auch Suhler Zeitzeugnisse, T. I, S.100-107.
10 Zur politischen Biographie von Max Urich im Widerstand siehe Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in einem Arbeiterbezirk. Widerstand 1933-1945 in Wedding, Berlin 1987. Speziell zu den Verbindungen Max Urichs nach Thüringen: Akte Martha Sailer, SAPMO-BArch, DY 55/V 278/5/40 Bd.1.

Erinnerungen: „Sobald Paul Voigt entlassen war, haben wir die Verbindung wieder aufgenommen. Die erste Zusammenkunft wurde am Bahnhof Suhl am Pfingstvorabend 1940... vereinbart. Wir trafen uns später wiederholt bei Guido Heym/Suhl, u. a. mit (Justus) Triebel/Dietzhausen u. Otto Gering/Schmiedefeld. Dort gab uns Paul Voigt bekannt, daß er mit *Theo Neubauer* Verbindung aufgenommen habe."[11]
Heym und Voigt bemühten sich um den Wiederaufbau einer illegalen SPD-Organisation im Reich. Diese Absicht verfolgte auch Max Urich. Sie waren sich einig, daß „die alten ‚Parteibonzen'", unter ihnen Dietrich, der frühere Bezirkssekretär für Thüringen, ihrer Passivität wegen „ausgespielt hätten"; nach der Zerschlagung des Faschismus müßten neue Leute den Ton angeben. Im August 1943, kurz vor Guido Heyms Verhaftung, suchte Paul Voigt Guido Heym in der Werkstatt auf, die sich Heym 1933/34 eingerichtet hatte. Hier verdiente er in seinem ursprünglichen Beruf als Mechaniker den Lebensunterhalt für die Familie. Bei diesem Besuch teilte Voigt mit, daß Max Urich von Illegalen im Lande (u. a. aus dem Kreis um Wilhelm Leuschner) „als Parteivorsitzender der SPD im Reich in Aussicht genommen" worden sei.[12]
Durch Erpressung und Verrat Otto Gerings (der sich 1945 der Verantwortung durch Übersiedlung in die Westzonen entzog) kam die Gestapo 1944 - im Zusammenhang mit der zweiten großen Verhaftungsaktion des RSHA im Thüringer Wald im Juni 1944 - Paul Voigt auf die Spur. Sie verhaftete ihn vermutlich am 22. August in Berlin, wo er aber bereits bei der Verhaftung oder im Dezember 1944 durch die Gestapo ermordet wurde.

Die wenigen hier genannten Antifaschisten, die - wie Karl Heym und Wilhelm Hemming - den Nazi-Terror überlebt hatten, gehörten nach der Befreiung vom Faschismus zu denen, die sich aktiv in den Neuaufbau einreihten; Karl Heym als Landrat, Wilhelm Hemming als Bürgermeister.

11 Akte Wilhelm Hemming, SAPMO-BArch, DY 55/ V 278/ 4/ 119. Zu Theo Neubauer siehe Glondajewski/Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe.
12 Detailliert siehe Kaiser, Die Heyms, S.28.